

17. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **Berlin zum Mitmachen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept für die obligatorische Onlinebeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Bauleitplanung für Berlin zu erarbeiten. Zielsetzung ist ein gemeinsames Internetangebot der Hauptverwaltung und der Bezirke, über das

- die allgemein zugänglichen Informationen zu laufenden Planungsverfahren von öffentlichem Interesse abrufbar sein sollen,
- online Stellungnahmen eingereicht werden sowie
- Meinungsbilder erstellt werden können.

---

Über eine internetgestützte Diskussionsplattform soll die Meinungsbildung im Zusammenhang mit Planungsprozessen gebündelt und transparent nachvollziehbar gemacht werden. Hierbei ist auch zu prüfen, ob die Nutzung sozialer Netzwerke sinnvoll möglich ist..

Im Rahmen einer auf den Berliner Stadtplan bezogenen Visualisierung soll für jedermann erkennbar sein, wo aktuelle Planungen räumlich zu verorten sind. Das Konzept des Senats soll außerdem Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit beinhalten, dieses neue Informations- und Beteiligungsangebot der Verwaltung im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und über seine Möglichkeiten zu informieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.10.2012 zu berichten.

***Begründung:***

Die sich abzeichnenden urbanen Veränderungen bringen große soziale und ökologische Herausforderungen mit sich. Berlin kann nur als Verantwortungsgemeinschaft bestehen, in der jeder bereit ist und in die Lage versetzt wird, sich an der Stadtgestaltung in seinem unmittelbaren Umfeld zu beteiligen. Berlins Kieze profitieren schon heute von einer ungeheuren Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements, das es zu stärken und in den Mittelpunkt der Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik zu stellen gilt.

Bei wesentlichen baulichen Maßnahmen gilt es, die Transparenz zu steigern, in dem die allgemeine Öffentlichkeit mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel rechtzeitig informiert wird. Über die bereits bestehenden gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsverfahren sind weitere intelligente Informations- und Beteiligungsverfahren zu entwickeln. So ist eine Online-Beteiligung an der Bebauungsplanung obligatorisch einzuführen. Die technischen Voraussetzungen sind dafür zentral durch die Hauptverwaltung zu schaffen.

Berlin, 26. April 2012

Saleh Buchholz Haußdörfer  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Graf Evers Brauner  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU